

II-14516 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN
GZ. 11 0502/178-Pr.2/94

1010 WIEN, DEN 19. Juli 1994
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

6584/AB

Parlament
1017 Wien

1994-07-19
zu 6743/J

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Josef Höchtl und Kollegen vom 26. Mai 1994, Nr. 6743/J, betreffend Berechnung des Finanzministeriums zur geplanten Reform der Schulbuchaktion, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1. - 5.:

Gemäß § 14 BHG ist jedem Gesetzesentwurf zwingend eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen beizulegen. Aus dieser Stellungnahme müssen die finanziellen Mehr- bzw. Minderbelastungen für den Bundeshaushalt eindeutig und nachvollziehbar zu entnehmen sein. Dies wurde dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, wie mir berichtet wird, bereits im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zur gegenständlichen Gesetzesnovelle mitgeteilt. Eine derartige Stellungnahme liegt dem Bundesministerium für Finanzen aber bis heute nicht vor.

Der Höchstbetrag für Schulbücher, der künftig mittels Verordnung pro Schüler und Schulstufe festgesetzt werden soll, sollte die Höhe der derzeitigen Ausgaben für Schulbücher nicht überschreiten bzw. wäre die Ausgangsbasis für allfällige Einsparungen. Gerade die Kalkulationsparameter für die genannten Höchstbeträge, die wesentlich von der Ausstattung der Schulbücher (aufwendigere Bindung) und den stückzahlunabhängigen Fixkosten in den Verlagen bzw. Druckereien beeinflußt werden, sind dem Bundesministerium für Finanzen nicht bekannt.

Auch konnten die Bedenken nicht ausgeräumt werden, daß die Erweiterung des Angebotes an Schulbüchern (Schulbuchliste B) zu keiner Anhebung der Höchstbeträge führen wird.

- 2 -

Darüber hinaus kann nicht zwingend davon ausgegangen werden, daß die Abwicklung der Schulbuchaktion in der neuen Form durch die sogenannte Schulgemeinschaft von den Betroffenen ohne zusätzliche Forderungen nach Abgeltung dieser Leistungen durchgeführt wird.

Da die finanziellen Auswirkungen somit nicht hinlänglich geklärt sind, konnte der Novelle aus budgetären Überlegungen nicht zugestimmt werden.

Beilage

A handwritten signature in black ink, appearing to read "b. Hanin".

BEILAGE

Anfrage:

1. Worauf stützt sich Ihre Einschätzung, daß die geplante Reform der Schulbuchaktion, wie sie vom Familienministerium vorgelegt wurde, zu Mehrkosten führen werde?
2. Gibt es eine konkrete Berechnung des Bundesministeriums für Finanzen?
 - a) Wenn ja, erläutern Sie diese Berechnung im einzelnen?
 - b) Welche Auflagezahl und Kosten für Schulbücher werden dieser Berechnung zu Grunde gelegt?
 - c) Berücksichtigt die Berechnung des Finanzministeriums, daß die Schulen mit der Hälfte des so eingesparten Geldes in Eigenregie hauptsächlich wieder Schulbücher ankaufen werden?
 - d) Können Sie Ihre Berechnung den Anfragestellern zur Verfügung stellen?
3. Wie erklären Sie es der Öffentlichkeit, daß durch die mehrfache Verwendung von Schulbüchern nicht Einsparungen, sondern Verteuerungen entstehen und daß Sie damit einer Verschwendungsästhetik das Wort reden?
4. Wie begründen Sie es, daß Sie mit Ihrer Argumentation a priori den Verlagsstandpunkt einnehmen und auf diese Weise neue Verhandlungen mit den Schulbuchverlagen von vornherein erschweren?
5. Gibt es seitens des Finanzministeriums Alternativvorschläge zur Verminderung der Kosten der Schulbuchaktion?